

# BLICKPUNKT

NACHRICHTEN AUS SCHLANGEN - AUSGABE JAHRESWECHSEL 2021/2022

## Katastrophenschutz in Lippe

Auf Einladung der Landtagsabgeordneten Ellen Stock geben Praktiker von Feuerwehr, THW & Co. Tipps für den Ernstfall.  
– Mehr auf Seite 3



## Gespräche zur Familienpolitik

Thomas Kutschaty diskutiert mit Dennis Maelzer und Expert\_innen in Detmold. – Mehr auf Seite 2

## Perspektive Schlangen

Die Bundesregierung hat einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter ab 2026 auf den Weg gebracht.  
– Mehr auf Seite 4

## Umbau Schwimmbad



1926 wurde unser Freibad in Schlangen als erste Badeanstalt einer lippischen Dorfgemeinde eröffnet.

1958 wurde das Freibad modernisiert und auf Wettkampfmassnahmen umgebaut. Das heute noch bestehende Hauptgebäude wurde 1951 errichtet

Seine heutige Form hat das Schwimmbecken seit dem Jahr 1976, nachdem es zwei Jahre lang komplett neu gebaut wurde und dadurch geschlossen blieb.

Im Oktober 2018 wurde der Beschluss gefasst die Beckenfolie des Freibads auszutauschen.

Im Folgejahr wurde eine Förderung in Höhe von 162.000€ durch den Bund zugesagt. Die umständlichen notwendigen Formalia, dann auch noch Corona, haben dazu geführt, dass erst in diesem Herbst mit der Erneuerung begonnen werden konnte.

## KlimaschutzmanagerIn (dauert...)

Im Dezember 2020 hatte die SPD-Fraktion den Antrag gestellt, dass in Schlangen eine Klimaschutzmanagerin/ ein Klimaschutzmanager eingestellt werden solle. Aufgrund von Corona wurde die Dezberratsitzung erheblich gekürzt, so dass der Antrag erst im Frühjahr angenommen werden konnte.

Wichtig dabei: Der Bund übernimmt den größten Teil der Personalkosten. Kompliziert wird die Maßnahme deshalb, weil zwischenzeitlich die Voraussetzungen für die Förderung geändert wurden. Das Bauamt hat hierzu umfangreiche Vorbereitungen zu erledigen, bevor eine solche Stelle ausgeschrieben werden kann. Vorab muss noch ein Klimaschutzkonzept erarbeitet werden. Das wurde dann im Sommer beschlossen und wird aktuell erarbeitet. Anschließend kann die Stelle ausgeschrieben werden, die dann zuerst auf 3 Jahre befristet ist.

## Schlänger SPD: Dennis Maelzer soll unsere Stimme im Landtag bleiben

„Das Land muss für gebührenfreie Bildung sorgen“



Dennis Maelzer soll bei der Landtagswahl am 15. Mai erneut das Direktmandat für die SPD verteidigen. Die Delegierten für den Wahlkreis Lippe III, zu dem auch Schlangen gehört, schicken den Landtagsabgeordneten mit 96,2 Prozent Zustimmung ins Rennen um die Mehrheit der Erststimmen. Doch nicht nur der Wahlkreis soll sich abermals rot färben. Die SPD wirbt für einen Regierungswechsel mit SPD-Mann Thomas Kutschaty als neuem Ministerpräsidenten an der Spitze.

Die Kreistagsabgeordnete Ilka Kottmann leitete die Wahlversammlung im Dietrich-Bonhoeffer-Berufskolleg in Detmold. Sie begrüßte unter den 52 Delegierten auch die Teilnehmenden aus Schlangen. In seiner Vorstellungsrede hob Dennis Maelzer hervor, dass ihm die Familienpolitik besonders am Herzen liegt: „Wenn ich mit Eltern spreche, höre ich eigentlich immer, dass ihnen ihre Kinder am allerwichtigsten sind. Und darum muss es auch Politiker geben, denen Kinder und Familien das allerwichtigste sind“, erklärte Maelzer, der Sprecher der SPD im Familienausschuss und in der Kinderschutzkommission des Landtages ist.

„Jeder Politiker braucht ein Thema, das ihn antreibt. Ein Thema, für das er brennt. Ihr wisst, dass das bei mir die Familienpolitik ist“, sagt Maelzer. Kinder und Familie seien für ihn das Allerwichtigste. „Darum engagiere ich mich als Sprecher der SPD im Familienausschuss und in der Kinderschutzkommission des Landtages“, erzählt der 41-Jährige. „Ich will, dass jedes Kind eine gute Zukunft in unserem Land hat. Und ich weiß, wie wichtig gute Kitas dafür sind“,

stellt der Vater einer Tochter klar. „Und ich will, dass Geld keine Rolle bei der Frage spielt, ob oder wie lange Kinder eine Kita besuchen.“

Bildung soll aus Maelzers Sicht landesweit gebührenfrei sein. Bei der Wahl eines Betreuungsplatzes in der Kita oder der Offenen Ganztagsgrundschule (OGS) sind die Belastungen von Eltern je nach Kommune sehr unterschiedlich: „Wie hoch die Elternbeiträge sind, sagt nichts darüber aus, wie hoch die Qualität in den Einrichtungen ist. Die Höhe der Gebühren sagt einzig und allein etwas darüber aus, wie arm oder reich eine Kommune ist“, so Maelzer.

Allein in Lippe müssten die Eltern in „reichen“ Städten weniger Gebühren zahlen als in Städten und Gemeinden, die weniger Steuerkraft hätten. „Diese Ungerechtigkeit müssen wir beenden. Das Land muss für die komplette Beitragsfreiheit sorgen“, findet Maelzer.

Belastet würden Familien aber nicht nur durch Gebühren für die Bildung, sondern immer mehr auch durch die Miete. Bezahlbaren Wohnraum zu finden werde immer mehr zu der sozialen Frage unserer Zeit. Wer mehr als 30 Prozent seines Nettoeinkommens für die Miete ausgeben müsse, gelte als überlastet. „In NRW ist das mehr als jede dritte Familie mit Kindern“, führt Maelzer vor Augen. Man brauche eine Trendumkehr beim sozialen Wohnungsbau. „Und wir wollen eine Eigentumsförderung, damit sich Familien auch wieder ein Eigenheim leisten können“, sagt Maelzer.

Am meisten seien von den Mietsteigerungen aber Seniorinnen und Senioren bedroht. „In Lippe ist mehr als jeder zweite

ältere Mieter mit den Kosten für seine Wohnung überlastet“, sagt Maelzer. Und zu einer Entlastung der Bürgerinnen und Bürger gehöre es auch, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen. Hier hat gerade die SPD auch in Schlangen viele Anstrengungen übernommen, um die Bürgerinnen und Bürger beim Ausbau oder Neubau von Straßen zu entlasten. Die sogenannten „Anliegerbeiträge“ möchte die SPD im Landtag abschaffen. Aus ihrer Sicht ist das ebenfalls ungerecht und würde die kommunalen Verwaltungen enorm belasten.

Apropos Straßen: „Ich will, dass auf unseren Straßen mehr E-Autos, aber auch mehr Busse und mehr Fahrräder fahren. Mobilität muss auch für diejenigen bezahlbar sein, die sich kein eigenes Auto leisten können. Und Mobilität muss künftig weniger und bald gar kein Benzin und Diesel benötigen“, stellt Maelzer klar: „Wer die Verkehrswende will, der kommt um die SPD nicht drum herum.“

Dafür wolle Maelzer gemeinsam mit den Genossinnen und Genossen kämpfen. Und die zollten ihrem Landtagsabgeordneten nicht nur viel Applaus, sondern schickten ihn am Ende der Aufstellungskonferenz erneut ins Landtagswahlrennen: „Vielen Dank für Euer großes Vertrauen. Gemeinsam sorgen wir dafür, dass Lippe rot bleibt, NRW wieder rot wird und Thomas Kutschaty der nächste Ministerpräsident wird.“

## Windräder statt Tornados

Die Briten verfügen über sämtliche Rechte am Truppenübungsplatz in der Senne, dürfen sie auch über die geplanten Windräder an der Gauseköte entscheiden?

Die Briten sind unsere Freunde und Helfer, so und ähnlich hörte man das Frohlocken des einen oder anderen Windkraftgegners, nachdem bekannt wurde, dass die Briten ein Veto gegen den geplanten Bau von 13 Windrädern an der Gauseköte eingelegt haben. Was ist passiert? Offensichtlich muss die Deutsche Flugsicherung bei solchen Maßnahmen gefragt werden. Diese fragt die Bundeswehr, die wiederum die Briten um Stellungnahme bittet, im Rahmen der Natoverpflichtungen. Und die Briten haben ihr Veto eingelegt, eine Genehmigung kann der zuständige Kreis Lippe nun nicht aussprechen. Das diesbezüglich „WestfalenWind“ klagt, ist absolut nachvollziehbar. Bekannt ist, dass Deutschland in den kommenden Jahren seine Windenergie

MASSIV ausbauen muss, das kann und darf nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden. Und dazu gehören auch die 13 Windräder an der Gauseköte. Dass die notwendigen Immissions- und Umweltprüfungen durchgeführt werden müssen, ist davon unbenommen. Es verwundert schon, mit dem Sendemast Bielstein, ragt über die Wälder des Teutoburger Waldes ein Objekt in die Höhe, welches die geplanten Windräder noch übertrifft, da lässt sich wohl drum rumfliegen.

Dass Tornados neulich Bomben auf dem Truppenübungsplatz abgeworfen haben ist neu und lässt ahnen, dass die Senne künftig anders und hörbar intensiver genutzt werden soll. Unsere Position dazu ist klar, Windräder statt Tornados.



## Kita Anbau

Verantwortung des Trägers

Der Träger der Kita Gartenstraße ist wirtschaftlich dem Eigentümer gleichgestellt, mit allen Konsequenzen. Das heißt: Der Träger der Kita ist alleine und vollständig für alle Maßnahmen am und im Gebäude zuständig. Der Träger hat für den Anbau Fördergelder beantragt, das Geld ist abrufbereit. Der Anbau wird laut Antrag zu 100% mit öffentlichen Steuergeldern finanziert. Der Träger hat gegenüber dem Kreis Lippe – das dortige Jugendamt ist zuständig – erklärt, dass die Finanzierung so auskömmlich ist.

Seit der Förderzusage wäre eine Ausschreibung möglich gewesen, dass hat der Träger bisher unterlassen. Ihm reicht nämlich die 100%ige Förderung, die nach seinen Aussagen „auskömmlich“ ist,

nicht aus. Vorgeschoben werden mögliche Baukostensteigerungen. Eine Präsentation, für die Fraktionsvorsitzenden, mit belastbaren Zahlen hat deutlich gemacht, die Baukosten übersteigen nicht die genehmigte Fördersumme!

Mit den Ausgaben für eine neue Küche, sowie für das Mobiliar ist ausschließlich der Träger zuständig. Dafür darf der Träger nach dem KiBiz Investitionsrücklagen bilden.

Wo bleibt eigentlich ein Förderverein, der den Anbau unterstützt? Pastor Stecker hat dies seinerzeit mit engagierten Personen für die Sanierung des Kirchturms erfolgreich vorgemacht. Fazit: der An- und Umbau ist zu 100% mit den Fördermitteln gesichert.

# Familien. Bilden. Zukunft.

#SozialerNeustart

Für die nicht

spd-f



## „Wir wollen die Kita-Gebühren abschaffen“

Thomas Kutschaty und Dennis Maelzer diskutieren in Detmold mit Experten über Familienbüros, Kitas und Offene Ganztagsgrundschulen und sagen mehr Unterstützung zu.

Detmold. Die Heimatgeschichte ist eine zentrale Thema, das in den Ausstellungen des Lippischen Landesmuseums beleuchtet wird. Klar, dass dort Fürstin Pauline zur Lippe nicht fehlen darf. Die legendäre Landesmutter ist wegen ihrer Sozialpolitik und der Gründung der „Kinderverwahranstalten“ bekannt – den ersten Vorläufern unserer Kitas. Wie es heutzutage um sie, um die Offenen Ganztagsgrundschulen sowie um die Unterstützung von Familien bestellt ist, darüber wurde nun bei einer Gesprächsrunde im Landesmuseum leidenschaftlich diskutiert.

„Familien. Bilden. Zukunft.“ lautete das Thema, zu dem die SPD-Landtagsfraktion in die Residenz eingeladen hatte. Thomas Kutschaty, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, und Dennis Maelzer, Landtagsabgeordneter aus Detmold und familienpolitischer Sprecher seiner Fraktion, waren dabei insbesondere an den Meinungen von Praktikerinnen und Praktikern

interessiert. Das Talk-Format aus der Reihe „Fraktion vor Ort“ fand unter 2G+-Bedingungen statt und wurde zudem live im Internet übertragen.

Zunächst stellte Detmolds Bürgermeister Frank Hilker das Konzept der Familienbüros vor, das Maelzer und Kutschaty kurz vor der Gesprächsrunde persönlich in der Innenstadt besucht hatten. Detmold hatte aus dem Projekt „Kinder Stark“ ein Familienbüro entwickelt. Ein Anliegen, das Hilker selbst sehr wichtig gewesen sei. Denn der Hintergedanke des Familienbüros ist es, dass Familien eine zentrale Anlaufstelle haben, wo Prävention und Beratung ineinandergreifen. „Familienbüros sind eine sehr gute Unterstützung für Eltern und Kinder. Genau solche Initiativen wollen wir fördern“, begrüßte Dennis Maelzer das Angebot.

Beim Thema Offene Ganztagsgrundschulen (OGS) berichteten Ulrike Goldkuhle, Leiterin der OGS an der Freiligrathschule in Det-

mold, und Ute Krause, Leiterin der Grundschule In der Senne aus Augustdorf, von ihren Erfahrungen und Herausforderungen, die sie täglich zu bewältigen hätten. Eine ständig steigende Nachfrage nach OGS-Plätzen sei spürbar. Umso wichtiger sei es, dass Politik auch die Voraussetzungen dafür schaffe. Das wolle die SPD anpacken, berichteten Maelzer und Kutschaty: mit einer besseren Finanzierung, besserer Bezahlung, Qualitätsstandards und einer Personaloffensive. „Ohne gut ausgebildete Fachkräfte und gerechte Löhne funktioniert das nicht“, stellte Maelzer klar. Darüber hinaus sprachen sich er und Kutschaty für die Abschaffung der OGS-Beiträge aus.

Das gelte auch für die Kita-Gebühren. Dass diese von Jugendamtsbezirk zu Jugendamtsbezirk völlig unterschiedlich seien, davon berichtete Kai Kottmann. Er ist nicht nur Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses in Detmold, sondern auch betroffener

Vater. Als er die Wahl zwischen zwei Kitas für seinen Nachwuchs hatte und zwischen beiden Gebührenunterschiede von mehreren hundert Euro lagen, nur weil die Kitas in unterschiedlichen Jugendamtsbezirken lagen, habe er diese große Ungerechtigkeit selbst erlebt. Kottmann sprach sich für die Abschaffung der Kita-Gebühren aus, womit er bei Maelzer und Kutschaty offene Türen einrannte.

Marion Gurcke, Leiterin der Kita „Regenbogen“ in Schlangen, berichtete von ihrem sehr herausfordernden Arbeitsalltag und der herrschenden Personalknappheit. Auch darauf wolle die SPD mit einer Personaloffensive, mit höheren Gehältern und einer Aufwertung des Erzieherinnen-Berufs reagieren. Etwa, in dem die praxisintegrierte Ausbildung (PiA) weiter vorangetrieben wird. Das alles sei sehr wichtig. Denn schon in den Kitas werden die Grundsteine für eine gute Bildung und Entwicklung der Kinder gelegt.

## Landtag unterstützt Verschickungskinder

„Runder Tisch“: Erfolgreiche Initiative von Dennis Maelzer.

Kreis Lippe. Sie wurden wochenlang von ihren Eltern getrennt, erniedrigt und drangsaliert: Was viele „Verschickungskinder“ zwischen 1950 und bis in die 1990er Jahre in sogenannten Kindererholungsheimen erlebt haben, belastet die Betroffenen bis heute. Nun hat der NRW-Landtag in Düsseldorf einen wichtigen Schritt zur Aufarbeitung und Unterstützung auf den Weg gebracht.

In einem gemeinsamen Antrag haben SPD, Grüne, FDP und CDU beschlossen, einen „Runden Tisch Verschickungskinder“ ins Leben zu rufen und damit ein bislang wenig beachtetes Kapitel zu beleuchten. „Ich bin sehr froh,

dass wir ein geschlossenes Zeichen senden und die Opfer von staatlicher Seite aus unterstützen“, sagt der SPD-Landtagsabgeordnete Dennis Maelzer.

Der Detmolder war es, der das Leid der Verschickungskinder vor etwa 1,5 Jahren erstmals zum Thema im Landtag gemacht hatte. „Damals hatte sich eine Betroffene an mich gewandt und mir von ihren teils schlimmen Erfahrungen berichtet. Danach hatte ich begonnen, zu dem Thema zu recherchieren und war fassungslos über die Gewalt, die es zwar nicht in allen, aber in vielen Erholungsheimen gegeben hat“, berichtet Maelzer.



## Jürgen Berghahn ruft zum Impfen auf

Der lippische Bundestagsabgeordnete appelliert an die Menschen.

Kreis Lippe/Berlin. Die Bildung der Ampel-Regierung, ein neuer Koalitionsvertrag, erste Plenardebatten oder die Wahl von Olaf Scholz zum Bundeskanzler: Hinter dem lippischen SPD-Bundestagsabgeordneten Jürgen Berghahn liegen ereignisreiche erste Wochen, an denen er in Berlin beteiligt war.

Etwas Besonderes sei natürlich die Wahl von Olaf Scholz zum Bundeskanzler gewesen. Berghahn freue sich aber auch, dass es nun an die Sacharbeit gehe. Und ganz oben auf der Agenda stehe

da natürlich die Corona-Pandemie und ihre Folgen. „In diesem Zusammenhang möchte an alle Menschen in unserem Land appellieren: Lassen Sie sich bitte impfen! Auch wenn Sie meinen, dass Sie sich selbst nicht schützen müssen, lassen Sie sich bitte impfen. Wir haben die Verpflichtung, auch andere zu schützen! Freunde, Verwandte, Nachbarn und unsere Kinder. Mit der Impfung sorgen wir auch dafür, dass die Überlastung der Intensivstationen zurück geht“, sagt Berghahn.

## Musterbeispiel einer Sanierung

Die energetische Modernisierung der Johannes-Gigas-Schule in Lügde ist ein Ergebnis sinnstiftender Kooperation.

Lügde. Ein gutes Beispiel wie ein Mammutprojekt gelingen kann, ist in Lügde zu bewundern. Dort hat sich die Stadt vor einigen Jahren auf den Weg gemacht, um das in die Jahre geratene Schulzentrum vor allem energetisch zu sanieren und umweltfreundlich auf den Stand der Dinge zu bringen. Viel ist bisher geschehen, die Fertigstellung soll im kommenden Jahr erfolgen.

Ein Überblick.

Das Johannes-Gigas-Schulzentrum: im Zeitraum von 1968-1971 erbaut und größter CO<sub>2</sub>-Emittent der Gebäude der Stadt Lügde. Das Problem: stromabsorbierende Nachtspeicheröfen und eine marode Gebäudeisolierung sind weder kosteneffizient noch umweltfreundlich. Für die Stadt Lügde war klar, „wir müssen was bewegen, sonst bewegt

sich nichts“. So entstand 2013/14 ein erstes Sanierungskonzept für den gesamten Schulkomplex, das im Laufe der Jahre präzisiert wurde.

Kern des Konzeptes: erneuerbare Energien, umweltschonende Materialien, eine Fusion aus Präzision und Effizienz. Ein Gewinn für alle Generationen – die von heute, aber auch die von morgen und übermorgen.

Das Ziel: Bildung soll verbinden und Brücken bauen. Dies soll auch mithilfe von Architektur gelingen. So ist das Südtraktgebäude in Form eines Klimatikums gestaltet, ein Technikum, das die Themen Bildung, Kultur und Klima verbindet. Teilbereiche des Nordtraktgebäudes stehen den Bürgern offen.

Ein besonderes Highlight: die vertikale grüne Gartenfassade des Klimatikums, in die Nistkä-

ten integriert wurden. Ein Gründach mit kleinen Wasserflächen rundet das Gesamtkonzept ab. Grüne Akzente, die die Segel im Thema Klimaschutz richtig setzen, gesteigerte Biodiversität und eine Arbeits- und Lernatmosphäre, die Kreativität fördert. Die alten Kreidetafeln sind Geschichte, stattdessen verfügen alle Klassenräume nun über digitale Smart Boards. Ein nachhaltiges Pellet-Heizungssystem, energiesparende LEDs und eine schuleigene Photovoltaikanlage runden das Bild einer innovativen und nachhaltigen Schule ab.

Das Ergebnis ist beeindruckend: mit der Sanierung des Schulzentrums reduzieren sich die CO<sub>2</sub>-Emissionen um rund 313 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr. Alle Sanierungsmaßnahmen liegen im Kostenbudget und nahezu im festgelegten Zeitrahmen.



## Impfbus – Erfolgsmodell der SPD

Was lange währt, wirkt endlich gut, mag die Assoziation mancher Menschen sein.

Kreis Lippe. Seit Mitte November tourt der Impfbus des Kreises Lippe wieder übers Land und macht Station in den Städten, Dörfern und Orten, um die dort lebende Bevölkerung zur Erst-, Zweit oder Booster-Impfung einzuladen. Und allen Unkenrufen zu Jahresbeginn zum Trotz erweist sich diese Maßnahme als genau die richtige, um das Impftempo und die Impfquote nachhaltig zu erhöhen.

Das erste Mal war der Impfbus vom 1. bis 30. September unterwegs. Danach hatte der Kreis das Angebot einstellen müssen, da die Impfungen komplett von den niedergelassenen Ärzten übernommen werden sollten. Nun konnte das Angebot fortgeführt werden.

Stand 8. Dezember wurden bisher mehr als 15.000 Men-

schen geimpft (rund 4.100 im September, von Mitte November bis 8. Dezember 10.113 – darunter 1.800 Erstimpfungen).

Die aktuellen Inzidenzen lassen dennoch einen faden Beigeschmack aufkommen. Es dauerte zu lange, bis die gewinnbringende Idee eines Impfbusse umgesetzt werden durfte. Warum „zu lange“? Warum „durfte“? Darum: die CDU-FDP-Landesregierung Nordrhein-Westfalens verweigerte die Genehmigung, erst im Herbst gab es grünes Licht. Zu spät, um der vierten Welle frühzeitig etwas Wirksames entgegenzusetzen. Die SPD forderte den Bus erstmals im Januar 2021, unterstützt von vielen Expert\*innen. Schwarz-Gelb aber stand ewig auf der Bremse. Gut, dass unser Landrat, Axel Lehmann, hartnäckig geblieben ist.

# Mehr Wertschätzung für Erzieherinnen und Erzieher

Thomas Kutschat, Ellen Stock und Dennis Maelzer besuchen das Familienzentrum in Helpup und nehmen mehrere klare Botschaften mit.

Oerlinghausen-Helpup. Kinder und Familien haben in der Corona-Krise besonders zurückstecken und mit vielen Einschränkungen leben müssen. Das hat Spuren hinterlassen. Wie groß diese beispielsweise bei Kita-Kindern und ihren Eltern sind, welche Unterstützung Erzieherinnen und Erzieher von der Politik bräuchten und wie die generelle Situation ist, darüber informierte sich Thomas Kutschat, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, im Familienzentrum in Helpup.

Zusammen mit den SPD-Landtagsabgeordneten Ellen Stock und Dennis Maelzer besuchte Kutschat die Kita, wo sie von Leiterin Daniela Wiebe in Empfang genommen wurden. Gerade kleine Kinder sehnten

sich in dieser Zeit nach Sicherheit, Nähe und Geborgenheit, berichtete Wiebe. Etwas, was die Erzieherinnen und Erzieher gerne leisteten, aber wofür sie auch Unterstützung bräuchten. Zur Entlastung hatte es daher die „Alltagshelfer“ gegeben.

„Bis Ende Juli konnten wir zwei Kräfte beschäftigen. Sie waren eine große Hilfe“, sagt Wiebe. Die Alltagshelfer entlasteten das pädagogische Personal, indem sie die Kinder beim An- und Ausziehen unterstützten, Tische und Stühle desinfizierten, sich um die Wäsche kümmerten. Doch das Land hatte die Finanzierung Mitte des Jahres eingestellt.

„Das Programm nur auf ein Jahr zu befristen, halten wir für einen großen Fehler“, sagte Kutschat und versprach, sich für

die Fortführung einzusetzen. Mit Erfolg! Eine Woche nach dem Besuch in Helpup gab das Land bekannt, das Alltagshelfer-Programm wieder einzuführen. „Offenbar ist der politische Druck zu groß geworden“, sagt Ellen Stock.

Außerdem wünschte sich Wiebe mehr Wertschätzung für ihren Beruf. Als Schritt in die richtige Richtung nannte sie die praxisintegrierte Erzieherausbildung. „Es gibt mehrere Vorteile: Die Ausbildung muss nicht mehr selbst finanziert werden. Außerdem lernen wir die Nachwuchskräfte schon vor der Übernahme gut kennen.“ „Das ist wirklich gut investiertes Geld und der Einstieg in den Beruf wird attraktiver“, sagte Kutschat.



# „Ohne Ehrenamt, kein Schutz“

Experten geben Tipps, wie sich die Bevölkerung auf Überschwemmungen, Stromausfälle und andere Notlagen vorbereiten kann.



Kreis Lippe. Hochwasser, ein tagelanger Stromausfall oder ein Waldbrand, der ganze Ortschaften bedroht: Auch wenn Lippe von solchen Szenarien zum Glück bisher verschont geblieben ist, sind die örtlichen Einsatzkräfte stets darauf vorbereitet. Wie genau das in Lippe im Katastrophenfall abläuft, wie die Bevölkerung informiert wird, wie sich die Bürgerinnen und Bürger vorbereiten können und was man immer im Haus haben sollte, darüber haben mehrere Experten auf Einladung der SPD-Landtagsabgeordneten Ellen Stock informiert.

Meinolf Haase, Leiter des Be-

völkerungsschutzes im Kreis Lippe, Wolfgang Kornegger, Kreisbandmeister, Thorsten Meier, Fachberater beim Ortsverband Detmold des Technischen Hilfswerks (THW), und Markus Schulz, Kreisrotkreuzleiter des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), Ortsverband Lippe, schilderten das Zusammenspiel der einzelnen Akteure im Ernstfall. Regelmäßig üben sie dafür. Doch auch die Bürgerinnen und Bürger könnten sich vorbereiten. „Die Menschen sollten sich mal mit dem Gedanken beschäftigen, was es für Folgen hat, wenn mehrere Tage der Strom weg ist, die Heizung

nicht funktioniert oder man ad hoc das Haus verlassen muss“, riet Markus Schulz. Das führe zu folgenden Fragen: Habe ich genug Wasser und Lebensmittel im Haus, die haltbar sind und die ich zur Not auch kalt essen kann? Sind genügend Teelichter und Kerzen vorhanden? „Was man im Haus haben sollte, ist in Broschüren zu finden, die etwa das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe herausgegeben hat“, erklärt Kornegger. „Diese Broschüren sind bei uns beim Kreis Lippe, in den Bürgerbüros oder im Internet zu finden“, berichtet Haase.

# Tempo bei der Digitalisierung

Landtagskandidat Alexander Baer will in Düsseldorf mehr für die Schulen, Familien und Kommunen erreichen.



Kreis Lippe. Eine bessere Ausstattung der Schulen, kostenfreie Bildung, das Vorantreiben der Digitalisierung, mehr Gelder für die Kommunen und der Wohnungsmarkt sind die Schwerpunkte, die SPD-Landtagskandidat Alexander Baer in

Düsseldorf setzen will. „Mit diesen Themen werbe ich um das Vertrauen und die Stimmen der Menschen“, sagt der 46-jährige Lemgoer.

Besonders die lahrende Digitalisierung in ländlichen Regionen und in den Schulen „ist

uns in der Corona-Zeit richtig auf die Füße gefallen“, sagt Baer. Als Vater zweier schulpflichtiger Töchter habe er hautnah mitbekommen, wie wenig da ineinandergreife. „Das fängt beim nicht vorhandenen oder langsamen WLAN in den Schulen an, geht über die unübersichtliche Ausstattung mit Endgeräten bis hin zu einem Sammelsurium an Lernplattformen“, sagt Baer. „Da muss das Land mehr Tempo und auch klare Vorgaben machen“, fordert Baer und setzt sich darüber hinaus für eine generell kostenfreie Bildung ein – von der Kita bis zur Uni.

„Auch auf dem Land brauchen wir mehr Tempo beim Ausbau von schnellem Internet oder zuverlässigem Mobilfunk“, sagt Baer. Digitalisierung sei ein wichtiger Standortfaktor – gerade in ländlichen Regionen.

# Gehaltserhöhung für zehn Millionen Menschen

Der lippische SPD-Bundestagsabgeordnete Jürgen Berghahn begrüßt den Koalitionsvertrag „Mehr Fortschritt wagen!“

Kreis Lippe/Berlin. Das erste Ampel-Bündnis im Bund steht, Olaf Scholz ist Bundeskanzler: „Mehr Fortschritt wagen“ lautet der Name des Koalitionsvertrags, den SPD, Grüne und FDP in Berlin vorgestellt haben. „Ich finde, dass das ein richtig guter Name für die Ziele ist, die die drei Parteien vereinbart haben und die wir erreichen wollen“, sagt der lippische SPD-Bundestagsabgeordnete Jürgen Berghahn.

„Wir werden den Mindestlohn auf 12 Euro erhöhen, womit zehn Millionen Menschen in unserem Land eine Gehaltserhöhung bekommen“, zählt Berghahn eine für ihn zentrale Vereinbarung des Vertrages auf. Darüber hinaus werde der Sozialstaat modernisiert und ein Bürgergeld eingeführt, es werde eine Ausbildungsplatzgarantie geben, das BAföG reformiert und das Wahlrecht auf 16 Jahre abgesenkt. „Außerdem werden wir dafür sorgen, dass Wohnen bezahlbar bleibt. Deshalb kümmert sich künftig ein eigenes Bau- und Wohnministerium da-

rum, den Wohnungsbau voranzutreiben – unter anderem mit 400.000 neuen Wohnungen pro Jahr“, sagt Berghahn.

Kein Kind dürfe zudem in Deutschland in Armut aufwachsen. „Deshalb führen wir die Kindergrundsicherung ein, die Kinder aus der Armut holt, und werden Kinderrechte im Grundgesetz verankern. Das ist mir ganz besonders wichtig“, sagt Berghahn. Das Bundeskriminalamt soll zudem personell und technisch für den Kampf gegen Kindesmissbrauch gestärkt werden.

Darüber hinaus wird das Rentenniveau bei mindestens 48 Prozent gesichert. „Die neue Regierung wird auch ein verlässlicher Partner für die Kommunen sein und sie nicht bei ihren finanziellen Belastungen allein lassen“, sagt Berghahn. Außerdem werde die Steuergerechtigkeit erhöht, indem Deutschland beim Kampf gegen Steuerhinterziehung und aggressive Steuergestaltung eine Vorreiterrolle einnehme. „Neben der globalen Mindestbesteuerung gehört dazu die Ausweitung

des Informationsaustauschs und der Geldwäschebetrugsbekämpfung“, erklärt der Bundestagsabgeordnete aus Blomberg.

„Die Bewältigung der Coronapandemie ist und bleibt natürlich die eine zentrale Aufgabe, die wir anpacken“, sagt Berghahn. Pflegekräfte haben dabei einen besonders harten, fordernden und extrem wichtigen Job. „Ich habe immer gesagt, dass es nicht beim Applaus bleiben darf. Deshalb werden wir diesen Respekt unterstreichen, durch bessere finanzielle Anerkennung und bessere Arbeitsbedingungen“, erklärt Berghahn.

Und: „Wir bekämpfen die Klimakrise und sorgen dafür, dass Deutschland auch in Zukunft ein innovativer und weltweit führender Industriestandort ist“, sagt Berghahn. Dafür werden etwa die Erneuerbaren Energien ausgebaut werden und der Kohleausstieg idealerweise 2030 erreicht sein.“

# Gedenktafel erinnert an Felix Fechenbach

Am einstigen Wohnhaus des jüdischen Journalisten in Detmold ist nun ein Erinnern möglich.

Detmold. 88 Jahre ist es nun her, dass Felix Fechenbach von den Nazis verschleppt und im August 1933 ermordet wurde – niedergestreckt mit mehreren Pistolenschüssen im Kleinenberger Wald. Dort, wo der jüdische Journalist und Sozialist zuletzt gelebt hat – an der Oesterhausstraße in Detmold –, erinnert nun eine Gedenktafel an Felix Fechenbach und seine Familie.

Im Beisein der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit (GfcjZ), der Felix-Fechenbach-Stiftung, Nachfahren von Felix Fechenbach und dessen Frau Irma Fechenbach-Fey sowie von Anwohnern und Nachbarn ist die Tafel nun eingeweiht worden. „Ein weiterer wichtiger Mosaikstein, um das Gedenken an ihn hoch zu halten“, sagt Dennis Maelzer, Geschäftsführer der

Fechenbach-Stiftung und SPD-Landtagsabgeordneter aus Detmold.

Dass eine Plakette nun sichtbar an den jüdischen Journalisten an der Oesterhausstraße erinnert, hatte sich zufällig ergeben. Bei Recherchen in der Schule zu jüdischen Spuren in Detmold hatte ein Kind festgestellt, dass es mit seiner Familie in dem Haus wohnt, in dem Fechenbach zuletzt gelebt hatte. Schnell habe für die Familie festgestanden, dass das gewürdigt werden sollte. Die GfcjZ und die Fechenbach-Stiftung übernahmen die Finanzierung der Gedenktafel.

# Offene Ganztagschule

## Was hat die Bundesregierung konkret in Sachen Ganztagsbetreuung vor?

Die Bundesregierung hat einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter ab 2026 auf den Weg gebracht.

Damit tritt der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung, wie geplant, zum 1. August 2026 in Kraft. Er gilt zunächst für Grundschulkindern der ersten Klassenstufe und wird in den Folgejahren um je eine Klassenstufe ausgeweitet. Damit hat ab dem 1. August 2029 jedes Grundschulkind der Klassenstufen

eins bis vier einen Anspruch auf ganztägige Betreuung. Dieser umfasst eine Förderung von acht Stunden täglich, an fünf Tagen in der Woche. Die Unterrichtszeit wird auf diesen Anspruch angerechnet. Eine Pflicht, das Angebot wahrzunehmen, gibt es selbstverständlich nicht.

Außerdem beteiligt sich der Bund bis zu 70 Prozent am Finanzierungsanteil der Investitionskosten. Zudem hat der Bund seine Beteiligung an den zusätzlichen Kosten der Länder für den

laufenden Betrieb erhöht: Ab 2026 wird der Bund sich stufenweise an den Betriebskosten beteiligen - bis hin zu 1,3 Milliarden Euro pro Jahr ab 2030.

Jetzt heißt es also, genau zu prüfen, welche baulichen Maßnahmen an unseren Grundschulen nötig sind, damit der Rechtsanspruch auch umgesetzt werden kann.

Gleichwohl lässt sich feststellen: Aktuell sind wir bereits gut aufgestellt.



# Offenheit und Transparenz?

## „Nicht weniger wichtig ist für mich eine offene, transparente und bürgernahe Gemeindeverwaltung.“ (Zitat: M. Püster)

Das war das Versprechen, mit dem Marcus Püster das Amt als neuer Bürgermeister der Gemeinde Schlangen vor einem Jahr angetreten hatte. Jetzt zieht die SPD - Fraktion eine ernüchternde Bilanz, denn von den hohen Zielen Offenheit und Transparenz ist in der Realität wenig übriggeblieben.

Zu dieser Bewertung muss man zwangsläufig kommen, wenn man das Handeln oder eher Nichthandeln des Bürgermeisters in den letzten Monaten verfolgt, in der aktuellen Ratsarbeit wird dies besonders deutlich.

Beispiel: Erarbeitung des Vertrags: „Senne für alle Sinne“: Anfang Juli, hat der Rat erstmalig eine Information über den Vertrag „Senne für alle Sinne“ erfahren. Zu diesem Zeitpunkt war der Vertrag bereits jeweils 2-mal in Hövelhof und Lippspringe beraten und sogar beschlossen worden. Dieser Vertrag, der im Übrigen miserabel, d.h. zu Lasten der Gemeinde vom Bürgermeister verhandelt wurde, ist



ohne Information, geschweige denn Beratungsmöglichkeit entstanden. Nachdem der Vertrag in Lippspringe verabschiedet war, hat BGM Lange aus Lippspringe vor dem Schlänger Gemeinderat kategorisch konstatiert: der Vertrag ist nicht mehr verhandelbar. BGM Püster hat sich in der Sitzung nicht dazu geäußert.

Wo ist hier Offenheit, wo ist hier Transparenz?

Dabei reden wir nicht einmal von den Kosten für die Gemeinde Schlangen, die in keinem Verhältnis zu den behaupteten, beziehungsweise erhofften Ergebnissen stehen. Oder anders formuliert: die Schlänger zahlen, aber die Gewinne liegen bei den anderen.

# Fakten statt „Fake News“

## Wie mit Falschaussagen - im Schlänger Boten Nr. 449 - Stimmung gemacht wird, aber nicht nur dort. Eine Richtigstellung

2011 wurde die Kita Gartenstr. erweitert, Räume für 10 Kinder im U3-Bereich. Laut der Vertragslage wurde dies komplett vom Träger, der Ev. Kirchengemeinde, erledigt. Der Rat wurde, entsprechend dem Vertrag, darüber informiert. Mehr war nicht nötig.

Nun sind weitere bauliche Maßnahmen notwendig.

Für den beantragten weiteren Anbau sollen lt. Träger die vertraglichen Regeln, die seit Jahrzehnten gelten, keine Anwendung mehr finden.

Der Träger forderte, dass die Kommune die notwendigen Arbeiten zur Umsetzung des Anbaus übernimmt, denn die offizielle Beauftragung von Firmen sei dem Träger nicht möglich. Der Kreis hat unmissverständlich erklärt: Die Gemeinde Schlangen ist nicht Zuwendungsempfänger und kann somit nicht als Bauherr eintreten. Sie kann auch nicht den Zuweisungsbescheid übernehmen. Heißt: die Kommune darf dies nicht, sie ist nicht handlungsberechtigt.

Halten wir mal fest: nach 4 Jahren tritt der Träger erstmalig mit der Forderung an, dass die Kommune die Aufgaben zum Anbau übernehmen und die Beauftragung der Baumaßnahme veranlassen soll.

Kreis und Land haben eine 100%ige Förderung des Anbaus zugesagt. Diese erfreuliche Zusage reicht dem Träger aber nicht. Vorab soll die Kommune zusagen, überschüssige Kosten zu übernehmen, es wird also ein Blankoscheck verlangt.

Sollte die Kommune dies zusagen, würde die Förderzusage um genau diese Summe gekürzt, so hat das der Kreis klar gesagt. Und: die Förderzusage gilt ausdrücklich nur, weil der zugrunde liegende Trägervertrag dies ermöglicht. Ein veränderter Trägervertrag - so wie der Träger das will - würde die Förderzusage obsolet machen.

So sind die Fakten! Noch ein Wort zu den Finanzen.

Richtig, unser Fraktionsvorsitzender hat im Februar 2019 einen Einblick in den HH der Ev.

Kirche bekommen. Da er 8 Jahre als Kirchenältester gearbeitet hat, weiß er, wie ein HH aussieht, und er kann beurteilen, welcher Einblick ihm zugestanden wurde. Er hat einen - nicht von ihm ausgewählten Ausschnitt - vorgelegt bekommen.

Der Kirchenhaushalt ist eben nicht so zugänglich, wie der Haushalt der Kommune. Einen solchen HH so genau zu prüfen, würde bedeuten, ihn in Ruhe studieren zu können, wie das zweifellos für den kommunalen HH möglich ist.

Schlicht und ergreifend, die Aussagen im Schlänger Boten sind falsch. Professionelle journalistische Arbeit sieht anders aus. Ach, eigentlich müssten das auch gewisse Ratsherren wissen, wer aber populistisch unterwegs ist, den interessieren die Fakten halt nicht ...

# LEADER Projekt Südost-Lippe

## Acht Kommunen hatten sich 2014 auf den Weg gemacht, kamen aber nicht zum Zug. Nun ein neuer Versuch?

Das Konzept mit der Überschrift: „NaturErlebnisWelt Teuto Egge“, welches 2014 von 8 Kommunen erarbeitet war, bekam keinen Zuschlag für eine Förderung.

Im Mai hat es aus den Kreisen der Kommunen, die 2014 mit ihrem LEADER-Projekt erfolglos blieben, die Initiative gegeben, dies nun noch einmal neu zu versuchen. Hierzu ist eine entsprechende Anfrage, im Mai, auch bei BGM Püster eingegangen. Darüber wurde der Rat nicht informiert. Diese Mail, mit der Antwort, sind der SPD-Fraktion, trotz schriftlicher Aufforderung, seitens des Bürgermeisters nicht zur Verfügung gestellt

worden. Der Rat konnte zu dieser Anfrage kein Votum abgeben. Während sich Lügde, Schieder-Schwalenberg, Blomberg und HBM zum Projekt Südost-Lippe zusammengefunden haben, bleibt Schlangen außen vor. Dies liegt ausschließlich in der Verantwortung des Bürgermeisters. Der Rat hätte sich damit auseinandersetzen können, welches Leader Projekt er favorisiert, mit den lippischen Kommunen oder mit den Kommunen aus dem Kreis Paderborn. Da der Anmeldezeitpunkt der 15.11.21 war, war dies nicht mehr möglich. Der Rat wurde einfach übergangen.

# Dem Jahresende entgegen

## Wir wünschen ein frohes und gesundes Weihnachtsfest sowie einen guten Start ins neue Jahr 2022!

Das Jahr 2021 war unter der Überschrift „Corona“ für Alle sehr herausfordernd. Beobachtet man die Entwicklung, wie das Virus mutiert, mit Auswirkungen, die schwer vorherzusagen sind, dann sieht es so aus, dass uns dieses Problem auch 2022 begleiten wird. Erfreulich, dass alle unsere im Gesundheitswesen tätigen Menschen, alles unternehmen, damit das Virus unter Kontrolle bleibt. Dafür möchten wir uns herzlich bedanken.

Wir freuen uns, dass mit Olaf Scholz wieder ein Sozialdemokrat an der Spitze der Bundesregierung steht. Die zentralen Themen, Klimawandel und

Energiewende betreffen natürlich auch Schlangen. Der Konflikt zwischen Tieffluggzonen und Windenergie hat es sogar in den Koalitionsvertrag geschafft. Die Position ist dort eindeutig, es wird zugunsten der Windenergie gesprochen.

Die Fraktion: Marco Grote, Friedel Lübbertsmeier, Hannah Penke, Michael Richts, Anke Steinmeier, Heidi Walther, Sandra Warachewicz, Michael Zans, wünscht Ihnen ein frohes Fest und ein erfolgreiches Jahr 2022.

# Private Grundschule in Schlangen?

## Die Initiatoren einer „Freie Zukunftsschule“ für Schlangen stellen ihr Projekt im Ausschuss Soziales und Gesellschaft vor

Eine private Initiative von überwiegend Grundschullehrkräften möchte in Schlangen eine „Freie Zukunftsschule“ gründen. Dabei ist an eine einzügige Grundschule gedacht. D.h., pro Jahrgang gibt es eine Klasse mit maximal 26 Kindern, so dass diese Schule im Endausbau mit 4 Klassen dann höchstens 104 Kinder unterrichtet.

Die Initiative ist aktuell in konstruktiven Gesprächen mit dem Besitzer des ehemaligen Bethauses der Zeugen Jehovas am Fichtenweg. Dieses Gebäude würde nach entsprechenden

Umbauten genügend Platz für 104 Schüler haben, so berichteten die Initiatoren dem Ausschuss. Allerdings fehlt eine Sporthalle, hier wären Nutzungen der in Schlangen vorhandenen Sporthallen wünschenswert.

Die Gründung einer privaten Grundschule setzt zwingend ein besonderes pädagogisches Konzept voraus. Die Kommune hat auf eine Neugründung keinerlei Einfluss, die Verfassung NRW erlaubt, unter Bedingungen, private Schulen. Der Lehrplan NRW ist verpflichtend.



Herausgeber: SPD Ortsverein Schlangen  
Parkstraße 21, 33189 Schlangen  
Verantwortlich: Heinz Kriete  
Druck: Presse-Druck- und Verlags-GmbH  
Curt-Frenzel-Straße 2, 86167 Augsburg

